

Kopie z.K. an das
Politische Departement.

7. September 1933.

Vertraulich



Schweizerische Gesandtschaft,

B e r l i n .

D.- 8 - D - 2.

Schwerung der Wirtschafts-
beziehungen.

Herr Minister!

Mit bestem Dank bestätigen wir Ihnen den Empfang
Ihres Berichts vom 4. d.M. und der darin erwähnten Beilagen.
Wir beehren uns, dazu folgendes zu bemerken:

Wie Sie wissen, macht sich in den weitesten Kreisen
der schweizerischen Oeffentlichkeit eine stark steigende
Beunruhigung über unsere wirtschaftlichen und finanziellen
Beziehungen zu Deutschland bemerkbar. Die Presse aller
Schattierungen verlangt immer deutlicher ein energisches Vor-
gehen des Bundesrates, und die bei uns einlaufenden Klagen
der Industrie, des Handels, der Hotellerie, aber auch zahl-
reicher nicht durch die Grossbanken vertretener Gläubiger
werden immer lebhafter.

Am 30. August hat nun in Bern eine Konferenz zwi-
schen einer Delegation des Bundesrates und der Nationalbank
sowie den Herren Prof. Laur und Dr. Wetter stattgefunden.
Sie kam einmütig zum Schlusse, dass in der Tat unsere Wirt-
schaftsbeziehungen zu Deutschland unhaltbar geworden sind.



und dass ein energisches Vorgehen sich aufdränge. Die Meinungen darüber, ob man vor Beginn neuer Besprechungen Zwangsmassnahmen namentlich auf finanziellem Gebiet ergreifen solle, oder ob man eine Besserung der Verhältnisse nochmals auf dem Verhandlungswege zu versuchen habe, waren geteilt. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom letzten Freitag beschlossen, nochmals, ein letztes Mal, den Versuch zu machen, die verschiedenen wichtigen Probleme auf dem Verhandlungswege zu regeln. Entsprechend einem noch von Herrn Minister Müller und dem Herrn Bundespräsidenten in Aussicht genommenen Vorgehen beschloss der Bundesrat, es solle der Unterzeichnete so rasch als möglich in Berlin mit dem deutschen Reichswirtschaftsminister die bestehenden Zustände und Schwierigkeiten einlässlich besprechen, ähnlich wie dies in London mit seinem Vorgänger, Dr. Hugenberg, geschehen war. Es handelt sich dabei noch nicht um die Aufnahme eigentlicher Verhandlungen, sondern darum, wenn möglich für diese eine für uns annehmbare Grundlage zu schaffen. Gelingt dies, so würden dann die eigentlichen Verhandlungen aufgenommen. Sollte sich dagegen die deutsche Regierung nicht zu grundsätzlichen Zugeständnissen herbei lassen, die sich sowohl auf den Warenverkehr wie auf den Verkehr der Personen und Kapitalien beziehen müssten, so wäre dem Bundesrat Bericht zu erstatten, worauf die Entscheidung über die von ihm zu ergreifenden Zwangsmassnahmen getroffen werden müsste.

Es war mit der Deutschen Gesandtschaft vereinbart worden, dass diese Besprechungen mit Reichswirtschaftsminister Schmidt heute, den 7. d.M., in Berlin beginnen sollten. Infolge Unpässlichkeit des Unterzeichneten musste dessen Abreise um einige Tage verschoben werden und ist nun auf Sonntag Abend festgesetzt. Das Reichswirtschaftsministerium

- 3 -

wird durch die Gesandtschaft oder direkt ins Hotel Esplanade berichten, wann und wo am Montag Nachmittag die erste Besprechung stattfinden soll.

Dürften wir Sie bitten, allfällig Ihnen zukommende Mitteilungen an die Adresse des Unterzeichneten ins Hotel Esplanade weiterzuleiten und dort ein ruhiges Zimmer reservieren zu lassen?

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
Der Direktor der Handelsabteilung:

sig. Stucki.